VR-07 (V-103)-006 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Matthias Schimpf (KV Bergstraße)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:
hektische Debatte und gezielte Stimmungsmache haben zu dieser Entwicklung geführt.
Viele Kommunen haben die Belastungsgrenze erreicht, oftmals auch schon überschritten.

- Es fehlt an günstigem Wohnraum und bebaubaren Flächen zur Unterbringung der Geflüchteten, sowohl im Verfahren als auch anschließend nach einer Anerkennung. Dies hat zur Folge, dass Menschen über einen langen Zeitraum teilweise in Provisorien untergebracht werden müssen.

- Beratungs- und Verwaltungsstrukturen, sowie Ehrenamtliche sind aufgrund der stetig steigenden Zahl von zu betreuenden Menschen zunehmend überlastet, sie können immer weniger ausreichende Betreuung noch Beratung und/oder Unterstützung bei der Integration anbieten oder leisten, Dies hat zur Folge, dass die Kommunen den Menschen zeitnah kein Integrationsangebot machen können und diese sich im Wesentlichen selbst überlassen bleiben.

- Kindertagesstätten und Schulen sind in vielen Fällen jenseits der Leistungs- und Belastungsgrenzen aufgrund der hohen Zahl der aufzunehmenden und zu integrierenden Kinder bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Dies hat zur Folge, dass wichtige pädagogische Förderung und Betreuung nicht mehr gewährleistet ist.

- Versorgungsstrukturen sind in vielen ländlichen Gemeinden schon heute angespannt und werden sich werden sich bei einer unveränderten Situation verschlechtern.

Die Integrationsfähigkeit eines Landes ist keine starre Größe, sie ist aber auch nicht beliebig und muss sich an der Leistbarkeit und verfügbaren Ressourcen ausrichten.
Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ist unerlässlich. Aber Geld ersetzt kurzfristig keine fehlenden Fachkräfte für die Integration, ehrenamtlich Engagierte oder Bauplätze für Kindergärten oder Wohnungen. Extreme
Spitzen bei den Asylgesuchen wie in den Jahren 2015/16 und 2022/23 und ein weiterhin hohes Grundniveau – neben der Erfordernis, kurzfristig eine hohe Zahl von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufzunehmen – führen dazu, dass
Integration verzögert und erschwert wird.
Es waren Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, die einen verlässlichen Beitrag des Bundes zu den Betreuungskosten der Kommunen durchgesetzt haben. Der Bund stellt eigene Liegenschaften für die Unterbringung zur Verfügung. Wir haben den Abbau von Bürokratie bei der Aufnahme Geflüchteter und bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt erreicht und drängen hier weiter auf Vereinfachungen.
Asyl und Integration sind eine Daueraufgabe, die verlässliche und leistungsfähige Strukturen braucht. Wir brauchen jetzt eine Stabilisierung der Zahl der hier zu versorgenden Geflüchteten auf einem für die Kommunen tragbaren und leistbaren Niveau. Daher ist es notwendig, dass den Kommunen nur Geflüchtete zugewiesen werden, welche auch eine entsprechende Bleibeperspektive haben.

Hinter dem quantitativen Problem stehen aber auch eine Reihe grundsätzlicher Probleme, vor denen wir nicht die Augen verschließen dürfen.

- Unter den vielen Geflüchteten und Asyl-Beantragenden, unabhängig von den Gründen ihrer Flucht, gibt es auch Menschen, die unserer Demokratie und dem Rechtsstaat massiv Schaden zufügen bis hin zu Gefährdern und Attentätern.

- Es gibt ein von immer Menschen subjektiv empfundenes, sondern auch real existierendes Sicherheitsproblem. Kriminalität, Extremismus, militanter Islamismus, Radikalisierungstendenzen und -strukturen bedrohen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und unser zivilgesellschaftliches Zusammenleben.

- Umgekehrt führt dies zu einem rapiden Akzeptanzverlust nicht nur der Migrationspolitik und des Asylrechts in Teilen der Bevölkerung, bis hin zu einem Generalverdacht gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Verschärfung des Tons und die Zunahme rassistischer Aussagen über rechtsextreme Parteien hinaus verengt im gesamten politischen Spektrum den Diskurs. Es droht, dass das eine politische Lager nur noch über Probleme von Fluchtmigration spricht und dabei sogar Migration generell nur noch negativ beschreibt, während das andere Lager in Reaktion darauf die Probleme und Herausforderungen nicht mehr adressiert, aus Furcht vor Verallgemeinerungen und einer Zunahme des Hasses.
In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Die Differenzierung, deren Fehlen wir bei anderen oft zurecht kritisieren, müssen wir auch selbst leisten. Denn dann werden wir als glaubwürdige Stimme wahrgenommen, gerade von denen, die sich eine rationale Debatte und pragmatische Lösungen wünschen. Und so eine Stimme wird gebraucht! Dazu gehört auch die Unterscheidung zwischen fremdenfeindlich motivierten Einwänden gegen Geflüchtete und dem berechtigen Hinweis auf eine tatsächliche Überforderung bei der Aufnahme und Integration. Wenn uns das trotz der aufgeheizten Debatte gelingt, dann gewinnen wir die Menschen, die genau das Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wollen, nämlich eine funktionierende Integration und eine gute Perspektive für Geflüchtete in Deutschland. Wir begrüßen und unterstützen daher ausdrücklich die Initiative im Bundesrat der Grün mitregierten Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, Brücken zu schlagen, um in der politischen Mitte nach Lösungen zu suchen.

weitere Antragsteller*innen

Daniela Wagner (KV Darmstadt); Jochen Partsch (KV Darmstadt); Klaus-Peter Murawski (KV Nürnberg-Stadt); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Alexander Fraas (KV Bergstraße); Michael Krapp (KV Bergstraße); Uwe Koch (KV Bergstraße); André Höftmann (KV Fürth-Land); Ulrich Blessing (KV München); Michael Merkel (KV Bochum); Marvin Heimrich (KV Aschaffenburg-Land); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Reiner Daams (KV Solingen); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tom Aurnhammer (KV Nürnberg-Stadt); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Miesbach); sowie 69 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.